Eitorf, den 25.07.2007

Amt 32 - Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kultur, Sport und Veranstaltungen

Sachbearbeiter/-in: Bernd Nohl

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Planung und Verkehr	30.08.2007
Rat der Gemeinde Eitorf	17.09.2007

Tagesordnungspunkt:

Einziehung der fußläufigen Verbindung "Leehsers Gässchen" zwischen Maibergstraße und Höhenstraße in Eitorf

Beschlussvorschlag:

Der APV empfiehlt dem Rat der Gemeinde zu beschließen:

Für die fußläufige Verbindung „Leehsers Gässchen“ zwischen Maibergstraße und Höhenstraße, Gemarkung Eitorf, Flur 30, Nr. 91 wird ein Wegeeinziehungsverfahren eingeleitet. Die Absicht der Einziehung ist gemäß § 7 Abs. 4 StrWG NRW öffentlich bekannt zu machen.

Begründung:

Die ehemalige fußläufige Verbindung, das sogen. „Leehsers Gässchen“, zwischen Maibergstraße und Höhenstraße ist bereits seit Jahren wegen erheblicher baulicher Mängel (Treppen und Geländer, fehlende Beleuchtung) aus Gründen der Verkehrssicherheit gesperrt worden. Gleichwohl wird der Fußweg weiterhin von einigen Fußgängern widerrechtlich genutzt. Darüber hinaus spielen in diesem Steilhang auch häufig Kinder, was mit erheblichen Gefahren verbunden ist. Zudem befinden sich dort in regelmäßigen Abständen wilde Müllablagerungen, die durch die Gemeinde zu beseitigen sind.

Die Kosten für eine verkehrssichere Wiederherstellung dieses Fußweges betragen ca. 20.000 €, zuzüglich ca. 4.000 € für Beleuchtung (2 Lampen).

Da der Fußweg gerade in der Vergangenheit, als er noch nicht gesperrt war, nur von sehr wenigen genutzt wurde und ohnehin die Möglichkeit besteht, über die Höhenstraße/Siegstraße ins Zentrum zu gelangen, ist der finanzielle Aufwand zur Wiederherstellung aus Sicht der Verwaltung nicht zu

rechtfertigen. Es ist beabsichtigt, die Parzelle 91 (und ggf. 71) an die dortigen Anlieger zu übertragen. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein rechtskräftig abgeschlossenes Wegeeinziehungsverfahren.

Dieses Wegeeinziehungsverfahren ist entsprechend § 7 StrWG NRW durchzuführen. Voraussetzung nach Abs. 2 sind alternativ

- dass die Straße keine Verkehrsbedeutung mehr hat oder
- dass überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für ihre Beseitigung vorliegen.

Wegfall der Verkehrsbedeutung

Aus welchen Gründen die Verkehrsbedeutung entfallen ist, etwa infolge dauerhafter Umorientierung des Verkehrs durch Schaffung von Ersatzwegen oder Überlassung des Straßenabschnitts an die Anlieger durch Begründung bürgerlich-rechtlicher Benutzungsverhältnisse, ist für die Zulässigkeit der Einziehung unmaßgeblich. Die Verkehrsbedeutung kann aber nicht schon deswegen als entfallen angesehen werden, wenn sie gerade erst durch Sperrmaßnahmen der Verwaltung entfallen ist. Würde die Verkehrsbedeutung ohne die Sperrung weiterhin bestehen, können nur Gründe des öffentlichen Wohles (2.Alternative) als Einziehungstatbestand in Betracht kommen.

Da dieser Weg nach wie vor – trotz Sperrung – genutzt wird und einige wenige Anlieger auch weiterhin eine Offenhaltung des Weges wünschen, ist die Voraussetzung „Wegfall der Verkehrsbedeutung“ **nicht erfüllt**.

Vorliegen überwiegender Gründe des öffentlichen Wohles

Eine Wegeeinziehung aus Gründen des öffentlichen Wohles ist nur zulässig, wenn das Interesse der Allgemeinheit an der Beseitigung gegenüber der Beibehaltung der Straße überwiegt.

In der Literatur sind verschiedene Beispiele aufgeführt, die als typische Gründe des öffentlichen Wohles die Beseitigung einer Straße erfordern. Hier ist es aber immer so, dass die öffentliche Verkehrsfläche für andere Zwecke genutzt werden soll, wie z.B. Ausweisung/Erweiterung Naturschutzgebiet, Erweiterung eines für die allgemeine Volkswirtschaft bedeutsamen privaten Wirtschaftsunternehmens, Lärmschutzmaßnahmen, Bau einer Talsperre etc. All diese Gründe sind im vorliegenden Fall nicht gegeben.

Es stellt sich nun die Frage, ob ein Weg, der offensichtlich nur noch von wenigen Anwohnern als fußläufige Abkürzung genutzt wird, es rechtfertigt, diesen für ca. 24.000 € wieder verkehrssicher herzurichten, oder aber Gründe des öffentlichen Wohles es rechtfertigen, diesen Betrag, sofern er bei der derzeitigen Haushaltssituation überhaupt zur Verfügung steht, in andere Infrastruktur- oder Straßenunterhaltungsmaßnahmen zu investieren, von der nicht nur wenige sondern der überwiegende Teil der Bevölkerung Nutzen hat.

Dies dürfte eindeutig der Fall sein, so dass die **Voraussetzungen für ein Wegeeinziehungsverfahren vorliegen**.

Es wird daher vorgeschlagen, das Wegeeinziehungsverfahren einzuleiten.